



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und liebe Gäste!

Die alljährliche Mühsal der Haushaltsplanung durch die Verwaltung genauso wie die parlamentarische Kontrolle des Entwurfs durch den Rat lässt uns jedes Jahr wieder erleben, wie eng die finanziellen Spielräume doch sind, wenn es denn überhaupt noch freie Mittel zu verteilen gibt. Laut Landesamt für Statistik ist das Volumen der kommunalen Kassenkredite in 2012 um mehr als 7% auf fast 24 Milliarden gestiegen. Nur 8 von allen Gemeinden in NRW sind 2013 tatsächlich schuldenfrei und nicht viel mehr Gemeinden verfügen über einen ausgeglichenen Etat. Auch wir in Hennef nagen an den Reserven oder verschulden uns neu.

Die Bürde der wachsenden Armut in einer immer reicheren bundesdeutschen Gesellschaft lastet eben auch auf unserer Gemeinde: Transferleistungen binden gewaltige Mittel. Infrastrukturkosten, besonders der Neubau und die Substanzerhaltung öffentlicher Gebäude und Verkehrswege, drohen aus der Hand zu laufen.

Es müssen also neue Wege gefunden werden, aber dazu später mehr.

Wir, die Hennefer Grünen sagen heute nach intensiven Beratungen des vorgelegten Haushaltsentwurfs JA, aber auch NEIN und dies gleich zweimal.

Ja sagen wir zur vorgelegten Haushaltssatzung, dem Ergebnisplan, dem Finanzplan und den Teilplänen mit den entsprechenden Anlagen.

Dieses Ja ist mit Anmerkungen zu versehen. Erstens: die Verschuldung ist bedenklich, eigentlich unerträglich hoch, trotz eines Abbaus von knapp 600000.- € im Finanzplan, steht dem im Ergebnisplan ein Defizit von über 3 Mill. € gegenüber. Dieses Defizit wird durch den Zugriff auf die allgemeine Rücklage ausgeglichen, die Ausgleichsrücklage, die, die ist längs in den Vorjahren verbraucht worden. Die Lage bei den Kassenkrediten, genannt auch Dispokredit, ist hochbedenklich, es erfolgt eine nochmalige Erhöhung um 1 Mill. auf jetzt nahezu 58 Mill. €. Ergebnisse, die wir als erschreckend einschätzen, da dieses uns weiterhin

langfristig in den kommunalen Entscheidungsspielräumen einschränken wird. Uns ist aber der Fortbestand der eigenen Haushaltsbewirtschaftung in der Alternative zu einem Haushaltssicherungskonzeptes mehr als wichtig. Auch unsere Fraktion kommt daher zum Ergebnis, dass der größte Teil der im Haushalt festgeschriebenen Zahlen und die damit verbundenen kommunalen Ziele für Hennef gewünscht sind. Aber es gibt doch auch Positionen, die es uns nicht leicht machen dem Haushalt zuzustimmen. Zwei Beispiele: Die beabsichtigte komplette Streichung der Finanzmittel für die UAI- Maßnahmen ist politisch falsch. Wir können an dieser Stelle nicht wollen, dass Geld gespart wird. Es geht um den Erhalt, leider aber auch schon in vielen Fällen um die Grunderneuerung von Brücken, Strassen und Wegen. Was hier heute versucht wird zu sparen kommt als Bumerang zurück. Beispiele für die Folgen von unterlassenen Sanierungen im Infrastrukturbereich gibt es landauf- und ab. Hier hätte sich unsere Fraktion eine andere Zielsetzung für die Stadt gewünscht. Da es leider eine durchaus nachvollziehbare Auflage für die Haushaltsberatung war, finanzielle Forderungen mit Deckungsvorschlägen zu versehen, uns bei der existierenden Kassenlage nur das Mittel der Einnahmenerhöhung geblieben wäre, dieses aber wiederum von uns nicht gewünscht wird, nehmen wir diese unsinnige Streichung zur Kenntnis. Zweites Beispiel: Bei aller Liebe zum wichtigsten Freizeitvertreib des Mannes, dem Fußballspiel, ist es nicht ansatzweise nachvollziehbar, das Hennefer Stadion für die Regionalliga zu ertüchtigen. Unserer Meinung nach ist es alleinige Aufgabe des Fußballvereins, die mit dem möglichen Aufstieg in die Regionalliga verbundenen Rahmenbedingungen zu finanzieren. Andere Begründungszusammenhänge, wie z.B. dass die Hennes-Weisweiler-Akademie eine zunehmende Ansiedlung von Leistungssportbereichen meldet; dies ist doch das Problem der Sportschule und nicht das der Stadt Hennef. Also wenn dafür Sportanlagen fehlen, dann ist die Akademie in Verantwortung und kein anderer. Zu der geplanten Flutlichtanlage: diese ist zwingend Voraussetzung für den Regionalligafußball. Diese und auch alle anderen technischen Rahmenbedingungen sind in den Richtlinien für das allgemeine Zulassungsverfahren Regionalliga West nachlesbar. Eins möchte ich hier klar und deutlich sagen: ich fahre selbst jedes zweite Wochenende ins Bundesligastadion. Mir ist der Fußball sehr wichtig, aber die Hennefer Grünen haben hier über das Gemeinwohl Hennefs zu entscheiden. Und bei Abwägung aller Interessen kommen wir zum Ergebnis, dass z.B. eine gleichgroße Zahl von Schwimmern kein Hallenbad von der Stadt gebaut bekommt, weil es schlichtweg an dem nötigen Geld fehlt. Wir bitten daher das nachvollziehbare Ansinnen der Fußballer nicht weiter als Stadt zu verfolgen und den Verein an eine Bank des Vertrauens zu verweisen.

Hätte, hätte Fahrradkette.... Hätte die Stadt Geld, wäre an dem Wunsch das Hennefer Stadion für die Regionalliga zu ertüchtigen, nichts auszusetzen.

Neue Wege müssen von uns allen in Zukunft begangem werden.

Es gibt dafür die guten Beispiele von Gemeindeentwicklungen aus der Schuldenfalle heraus. Wie etwa die Stadt Borken im Münsterland: Genau so groß wie Hennef und auch ähnlich strukturiert, ist sie seit 2 Jahren schuldenfrei und hat Rücklagen in Höhe von 50 Millionen € gebildet. Dabei klingen die Erfolgsrezepte hierfür wenig spektakulär. Es handelt sich um wohlbekannt Faktoren und sicher nicht um "Geheimrezepte". Die Kunst scheint vielmehr darin zu liegen, im Handeln konsequent zu sein und dies über einen längeren Zeitraum umzusetzen.

Was wird dort unter anderen gemacht?

Es erfolgt ein effizienter Personaleinsatz (schlanke Verwaltung) bei flachen Hierarchien, sowie das ehrenamtliches Engagement der Bürger gefördert wird. So wird etwa die von der Stadt bezuschusste Stadtbücherei durch Ehrenamtliche geführt. Der Kulturbereich wird nach Angaben der Stadt fast ausschließlich durch Ehrenamtliche übernommen. Eine vorausschauende Haushaltsplanung bei der bei größeren Investitionen stets eine Folgekostenrechnung und -analyse vorgenommen wird. Eine Kostenrechnung ist für wesentliche Bereiche etabliert. Konsequent wird nach dem Verursacherprinzip agiert. Kosten für Leistungen, die einzelnen Einwohnern zu Gute kommen, werden konsequent eben diesen Bürgern in Rechnung gestellt.

Eine Produktivitätssteigerung der Verwaltung, zum Beispiel durch konsequente Digitalisierung des Kundenverkehrs, wäre eine der Möglichkeiten. Aber auch die kleinteiligsten Sparmaßnahmen werden langfristig nicht die Einkommenseite der Kommunalfinanzen wesentlich stärken können. Wir Grünen betrachten die Strukturkrise der Gemeindeverwaltung auch als eine historische Herausforderung an unsere Lebensweise: Wir müssen, um nicht in den Kosten von immer weiter greifenden Serviceleistungen der öffentlichen Hand unterzugehen, das Bürgervermögen, nämlich unsere gemeinsame Finanzkraft und unsere sozialen Kompetenzen, anders gewichten.

Wir betrachten die Entlastung der Kommunalen Hand als Bürgeranliegen. Wir, die Bürger, wollen zwar einerseits unsere Kinder in gut geführten Ganztagschulen lernen sehen, aber andererseits auch eine Verkehrspolitik, die dazu führt, den Individualverkehr stark zu reduzieren. Dann sind wir auch bereit für beide Seite zu bezahlen. Und wir, die Bürger, sind bereit, viele Leistungen an die Gesellschaft aus eigenen Mitteln und eigenem Antrieb zu geben. Ein Blick auf die weit gestreuten ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen, sportlichen, kulturellen, landschaftspflegerischen Bereich zeigt die Fülle und Vielfalt des bürgerlichen Engagements. Die Kommunalpolitik sollte diese Kultur der informellen Bürgerarbeit fördern, wo immer es geht. So wurde zum Beispiel die ur-grüne Idee der „Stadt im Wandel“ oder das Konzept der „Essbaren Stadt“ sogar schon von der Jungen Union aufgegriffen, wenn auch vergeblich, da von der Mehrheit der Elternpartei abgeschmettert. Vielleicht auch, weil die Vision fehlte? Warum sollen die zum Teil öden

Grünflächen in der Stadt nicht durch öffentliche Gemüse- und Obstgärten in Selbstverwaltung einer Bürgergruppe genutzt werden und dazu noch die Armentafel entlasten und den Bürgersinn stärken? Wir Grünen haben uns u.a. auch auf eigene Kosten der alten Streuobstwiesen angenommen. Es ist eine langfristige Aufgabe, die Bedingungen zu schaffen, gesellschaftliche Aufgaben aus dem Servicenetz der Verwaltung zu entlassen und in die Freiwilligkeit der Bürgergemeinschaft zu übergeben. Aber Kommunalpolitik muss heute damit beginnen!

Kommen wir zum ersten Nein, welches wir Grünen sagen.

Wir sagen ausdrücklich NEIN zum geplanten rhenag-Geschäft

Wir hoffen, dass in der heute noch stattfindenden Abstimmung im Hennefer Rat genügend Sachverstand vorliegt, um dem geplanten Roulette-Spiel mit Steuergeldern die Zustimmung zu verweigern. Die ungewisse und riskante Berechnung zur 0,6%-Punkte Senkung der Kreisumlage ist hoffentlich kein glaubhaftes Lockmittel, um den Hennefer Rat aufs Glatteis zu führen. Es geht schließlich um den verantwortungsvollen Umgang mit unser aller Steuergeldern. Vorgesehen ist der Erwerb von rhenag-Anteilen mit einem 80-millionenschweren kreditfinanzierten Kauf, welcher dann eine 15prozentige rhenag-Beteiligung bedeutet.

Verfolgt man aufmerksam die Medien der letzten Wochen, so kann diesen immer wieder nur entnommen werden, dass es der Mutter der rhenag, nämlich der RWE, finanziell schlecht geht, Liquiditätsprobleme durch deren lange rückwärtsgerichteten Energiepolitik drohen nicht nur, sie sind vielmehr eingetreten und belasten den Konzern RWE erheblich, wie in den letzten Tagen in Veröffentlichungen des RWE und der Presse zu lesen war. Der Kreis hat dieses Problem bereits: der RWE (der Kreis hält 1,4 Millionen Aktienanteile) will den langfristigen Abwärtstrend ihres Aktienkurses bremsen und sich durch den Verkauf der rhenag sanieren. Da beißt sich die Katze doch in den Schwanz!

Das ganze Geschäft soll kreditfinanziert werden, wo doch jeder Fachmann die normalen Bürger davor warnt, Aktien mit Krediten zu finanzieren. Wie man auch an den Schwankungen der RWE Aktien in den letzten Jahren sehen kann, besteht ein enormes Risiko für den Kreis und damit für die in einem Umlageverband schlussendlich immer haftenden Kommunen. Bei den RWE Aktien ist z.B. damit zu rechnen, dass nach der Kommunalwahl eine Korrektur der damals hohen Bewertung aus der Eröffnungsbilanz erfolgen muss. Hätte, hätte Fahrradkette, ...hätte der Kreis „Spielgeld“, also Geld im Überfluss, vielleicht dann wäre ein solches Glücksspiel denkbar.

Denn wenn - wie der Kreis behauptet - dieses Geschäft eine so lukrative Sache ist, warum macht denn RWE das so lohnende Geschäft nicht mit einer interessierten Bank? Gibt es die nicht? Warum?

Darüber hinaus ist die Frage der Energiewende bedeutsam und hier wirft u.a. der BUND dem Rhein-Sieg-Kreis vor, mit dem geplanten Einstieg

4

beim Kölner Energieversorger rhenag die Energiewende zu bremsen. RWE, der Hauptgesellschafter der rhenag, verfolge eine rückwärtsgerichtete Energiepolitik, die wesentlich auf die Verstromung von Braunkohle setze, heißt es in einer Stellungnahme des BUND. Deshalb warne man vor der geplanten Beteiligung. Kapital wird für die RWE gebunden, dass man lokal dringend für den Bürger braucht.

Dieses Geschäft zwingt die Kommunen in die Abhängigkeit eines gewinnorientierten Großunternehmens. Gleichzeitig verhindert dies kommunale Investitionen in lokale Energieträger und damit die Nutzung der Potentiale die in den Kommunen vorhanden sind. Eigenes Engagement der Kommunen wird verhindert.

Auch das Argument, mit einer 15,1 prozentigen Beteiligung Einfluss auf die private Unternehmenspolitik zu erhalten, ist geradezu lächerlich. Mit dieser Beteiligungsgröße hat man eben nur ein 15prozentiges Mitspracherecht, das auf die Unternehmensstruktur keinerlei Auswirkungen hat. Erst mit 25% hat man erste Mitentscheidungsmöglichkeiten, eine so genannte Sperrminorität. Das bedeutet aber nur die Mitbestimmung bei bestimmten wichtigen Dingen. Für eine ernste Mitarbeit oder die Bestimmung der Geschäftspolitik braucht man mindestens 50,01% der Anteile.

Das Ergebnis unserer intensiven Beschäftigung mit dem Thema rhenag ist folgendes: RWE hat so viele Schulden, dass sie diese alleine nicht stemmen können. Deshalb suchen sie Partner im kommunalen Bereich, die bekanntermaßen deutlich günstigere Kreditkonditionen bekommen.

Die Frage, bzw. die Beantwortung, was passiert wenn das Geschäft sich komplett anders entwickelt, ist recht einfach zu beantworten.

Die Städte und Gemeinden werden dann wiederum über die Kreisumlage zur Kasse gebeten.

Alle aufgezählten Argumente veranlassen uns, nein zu diesem Geschäft zu sagen. Nachhaltigkeit im Umgang mit dem Geld der Bürger sieht eindeutig anders aus.

Wir sagen zum jetzigen Stand der Planungen zur Ortsumgehung Uckerath
NEIN

Natürlich sehen wir die Verkehrssituation und die Betroffenheit in Uckerath, aber auch hier haben wir uns und dies bereits seit Jahren, intensiv mit dem Thema beschäftigt. Wir kommen bei der Abwägung von Umweltschutz und Menschenschutz zu einem anderen Ergebnis, als manch anderer.

Wie das NRW-Verkehrsministerium als Begründung für die Nichtmeldung der Ortsumgehung für den Bundesverkehrswegeplan anführt, so sehen auch wir Grüne die aus Düsseldorf genannten sehr großen umwelttechnischen Probleme als das Hauptproblem an. Wir glauben, dass eine Ortsumgehung nur eine Scheinlösung darstellt, da neue Probleme entstehen. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass dann eine andere Personengruppe Betroffene sind. In bisher ruhigen Gegenden nimmt der Lärm zu. Unberührte Landstriche werden versiegelt und zerschnitten, in

dem Fall der von der Stadt favorisierten Variante 7 wird sogar ein FFH-Gebiet zerstört.

Untersuchungen gebauter Ortsumgehungen belegen, dass die Zahl der Unfälle nicht abnimmt, auch führt der Bau einer Ortsumgehung zu höheren Verkehrsaufkommen mit entsprechend höheren Schadstoffbelastung.

Deutlich wollen wir aber auch sagen, dass der Ist-Zustand untragbar ist, daher sind wirksame und umweltverträgliche Lösungen zu entwickeln.

Wie ist es zu diesem Ist-zustand gekommen? Es sind eine Vielzahl von Planungsfehler gemacht worden, es werden sogar weitere solcher Fehler gemacht. Z.B. die Stadt Hennef möchte mit dem neuen FNP an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz neue Gewerbetreibende ansiedeln, genauso wie am Ortsand Uckeraths ein Neubaugebiet mit über 160 Wohneinheiten geplant wird. Wir Grüne haben bei diesen beiden Ansinnen immer deutlich gemacht, dass dies u.a. zu einer Verschärfung der Verkehrssituation in Uckerath führt, wir lehnen dieses Vorhaben ab. Im Gegenteil, es wird munter weitergeplant. Ein Beispiel dafür, dass eine funktionierende Integration von Verkehrsplanung und Stadtplanung fehlt.

Lärm, welchen heute die Anwohner der B 8 täglich erleiden, darf nicht durch Verlagerung der Strasse zu einer Neuverlärmung an anderer Stelle führen. Das Sankt Florians Prinzip darf nicht gelten. Alternativen müssen, wenn notwendig gerichtlich erstritten werden, nämlich z.B. durch das Sperren der Strasse für LKWs, dies steht aber dann u.a. dem persönlichen Interesse des IHK-Vizevorsitzendem des Landkreises Altenkirchen entgegen, der Spediteur ist und täglich sein LKWs über die B 8 fahren lässt.

Eine Ortsumgehung wird zu einer neuen Ortsrandbebauung führen und damit neue Verkehre verursachen.

Grundsätzlich haben alle Untersuchungen von Ortsumgehungen gezeigt, dass der Satz „wer Strassen säht, wird Verkehr ernten“ einen hohen Wahrheitsgehalt hat.

Wir Grüne schließen uns den vom BUND genannten Alternativen zu einer Ortsumgehung an; die darin besteht, dass ein zukunftsfähiges Verkehrssystem entsteht, welches dann umweltverträglich ist. Eine zukunftsfähige Uckerath muss entwickelt werden, bei denen die Verkehrseinsparung im Zentrum aller Bemühungen stehen muss.

In der von der Stadt für den Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagenen Variante sehen wir keine Lösung für die gesamte Gemengelage der Probleme B 8.

Daher sagen wir aus Gründen der fehlenden Nachhaltigkeit und der fehlenden Weitsicht Nein.

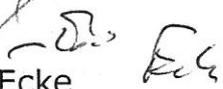
Bevor ich zum Schluss der Rede komme, möchte ich klarstellen: auch wir Grüne sind zufrieden mit der in den letzten Jahren stattgefundenen Entwicklung Hennefs. Genauso klar ist es, dass dies nicht alleinig durch den Bürgermeister und seine ihn unterstützende Partei dazu gekommen ist. Ich glaube, ich liege richtig, wenn ich hier heute betone, dass es ausdrücklich die gemeinsame Arbeit aller hier im Rat vertretenden

Parteien und ihrer Vertreter ist, die Hennef dahin gebracht hat, wo es heute steht.

Zum Schluss wünschen wir allen hier anwesenden Mitgliedern des Stadtrates und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für 2014.

Mit voradventlichen Grüßen

Matthias Ecke

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Matthias Ecke', written in a cursive style.